

Die Wende ist auf der Zielgeraden

Energiestrategie 2050 Diese Eckwerte sind fix - und darum wird ein letztes Mal gekämpft

VON ANTONIO FUMAGALLI

Am Montag steht es wieder auf der Traktandenliste des Nationalrats, das Geschäft mit der Nummer 13.074. Besser bekannt ist es unter dem Titel «Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket». Oder, wegen Umfang und Komplexität, als «Mutter aller Debatten» - wie es CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt in Anlehnung an einen Artikel des «Tages-Anzeigers» einst im Plenum nannte.

Das war vor bald zwei Jahren. Der Nationalrat beugte sich damals erstmals über die Energiestrategie, die der Bundesrat nach der Reaktor Katastrophe von Fukushima als Teil eins der sogenannten Energiewende - hin zu einer nachhaltigeren Energieversorgung - gezimmert hatte (das zweite Paket, das von einem Förder- zu einem Lenkungssystem übergehen soll, berät derzeit die Umweltkommission des Nationalrats).

In der Zwischenzeit hat die Vorlage je zwei Runden in beiden Kammern absolviert und ist damit in der bevorstehenden Herbstsession bereit für die Differenzvereinbarung und die Schlussabstimmung.

Gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag hat das Parlament die Vorlage in wesentlichen Punkten weniger ambitioniert ausgestaltet. Auf die Frage, ob er mit den Anpassungen zufrieden sei, sagte Walter Steinmann, Direktor des Bundesamtes für Energie, gleichwohl: «Von dem, was wir vorgeschlagen hatten, haben wir etwa 75 bis 80 Prozent erreicht.» Er weist aber darauf, dass sich insbesondere im Strommarkt das Umfeld in den letzten fünf Jahren massiv verändert habe.

Das ist bereits beschlossen ...

Vereinfacht gesagt will das erste Massnahmenpaket die Energieeffizienz steigern, den Ausbau der erneuerbaren Energien fördern und den Ausstieg aus der Atomenergie schaffen. Folgende wesentliche Eckwerte sind, da von beiden Räten gutgeheissen, bereits unter Dach und Fach:

- Der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person soll bis 2035 um 43, der Stromverbrauch um 13 Prozent sinken.
- Der Netzzuschlag für die Förderung der erneuerbaren Energien wird auf 2,3 Rp./kWh erhöht. Der grösste Teil davon

wird für kostendeckende Einspeise- sowie Einmalvergütungen verwendet. Auch Grosswasserkraft und Geothermie profitieren.

- Kleinwasserkraft wird erst ab einer Leistung von 1 MW gefördert.
- Die Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen für erneuerbare Energien werden verkürzt.
- Statt 300 gibt es maximal 450 Millionen Franken von der CO₂-Abgabe jährlich für Gebäudesanierungen.
- Neue Personenwagen dürfen bis 2020 durchschnittlich nur noch 95, Lieferwagen 147g CO₂/km emittieren.
- Für neue Kernkraftwerke werden keine neuen Rahmenbewilligungen erteilt. Die bestehenden laufen aber so lange weiter, wie sie sicher sind.

... und das noch offen

Um diese Punkte feilschen die Räte in den kommenden Wochen noch:

- Wie viel erneuerbare Energie - ohne Wasserkraft - soll bis 2035 im Inland

produziert werden? Der Ständerat verlangt 11 400 GWh, der Nationalrat zuletzt 14 500 GWh. Dessen Kommission hat nun aber umgeschwenkt.

- Anlagen für erneuerbare Energie sollen auch in Schutzgebieten möglich sein. Im Verhältnis zwischen Naturschutz und Nutzungsinteressen geht es nun noch um die Frage, ob dieses «gleichrangig» oder «grundsätzlich gleichrangig» sein soll.

«Von dem, was wir vorgeschlagen hatten, haben wir etwa 75 bis 80 Prozent erreicht.»

Walter Steinmann Direktor BFE

Der Bund setzt für energetische Gebäudesanierungen steuerliche Anreize. Der Nationalrat will diese auf vier Steuerperioden verteilen, der Ständerat nur über eine. Ein Kompromiss sieht nun zwei Jahre vor.

Gibt es ein Referendum?

Wird das erste Massnahmenpaket in der Schlussabstimmung angenommen (wovon auszugehen ist) und übersteht es die angedrohte Referendumsabstimmung, tritt es am 1. Januar 2018 in Kraft.

Berufliche Vorsorge

Der zweiten Säule brechen die Anlageerträge weg

Schweizer Pensionskassen haben 2015 in Summe einen Verlust von fast 4 Milliarden Franken erwirtschaftet, der aus dem Vermögen der beruflichen Vorsorgeeinrichtungen gedeckt werden muss. Unter dem Strich resultierte in der zweiten Säule letztes Jahr also ein beachtliches Minus, obwohl im gleichen Zeitraum hohe Wertschwankungsreserven von rund 13,3 Milliarden aufgelöst wurden.

Hauptgrund für das Abrutschen in die roten Zahlen ist der Einbruch bei den BVG-Anlageerträgen, die laut einer Publikation des Bundesamtes für Statistik (BFS) um 87,4 Prozent auf rund 6,5 Milliarden einknickten. Im Jahr 2014 erwirtschafteten Pensionskassen demnach noch die enorme Summe von fast 45 Milliarden mehr an Kapitalerträgen.

Die Zahl der Pensionierten stieg 2015 laut dem BFS um 3,9 Prozent auf rund 723 000 Personen. Dieser Personenkreis bezog Rentenleistungen in Höhe von 21,2 Milliarden, was ein Plus von 2,3 Prozent darstellt. Bei der Pensionierung liessen sich 2015 rund 36 000 Personen (-1,1 Prozent) zirka 6,2 Milliarden Franken (+1,5 Prozent) in der zweiten Säule als Kapitalleistungen auszahlen.

Öffentliche wie privatrechtliche Vorsorgeeinrichtungen weisen laut den BFS-Zahlen offene Schulden von rund 28,5 Milliarden aus, wovon ein Grossteil dieser als Unterdeckungen bekannten Missstände auf die zweite Säule bei der öffentlichen Hand zurückgeht. (SDA)

Sexualstraftäter entlassen

Behindertenverband informiert

Insos, der Nationale Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Behinderung, hat seine Mitglieder über die Freilassung eines verurteilten Sexualstraftäters orientiert, der kurz vor Ablauf eines Berufsverbots wieder auf Stellensuche ist. Er will damit einmal mehr auf das Problem heikler Anstellungen aufmerksam machen. «Wir wollen niemanden an den Pranger stellen», sagte Insos-Geschäftsführer Peter Saxenhofer auf Anfrage. Deshalb habe man auch keinerlei Informationen zur Person weitergegeben. (SDA)

NACHRICHTEN

PENDLERABZUG

Die Kommission ist gegen Geschäftsauto-Ausnahme

Bei der Begrenzung des Steuerabzugs für Pendler soll es keine Ausnahme geben für Geschäftsfahrzeuge. Die Verkehrskommission des Ständerates beantragt, eine entsprechende Motion abzulehnen. Der Bundessteuerabzug wurde mit der Fabi-Vorlage auf 3000 Franken beschränkt. Auch der Bundesrat beantragt den Räten ein Nein. (SDA)

LUZERN

Regierung will 2017 Steuern erhöhen

Im Kanton Luzern will der Regierungsrat 2017 die Steuern von 1,6 auf 1,7 Einheiten erhöhen. Dies soll mithilfe, den Finanzhaushalt bis 2019 ins Lot zu bringen und 520 Mio. Franken einzusparen. Das Konsolidierungsprogramm soll eine massive Neuverschuldung verhindern. (SDA)

GRAUBÜNDEN

Neue Abstimmung über neues Olympia-Projekt

Das Bündner Stimmvolk wird wohl im ersten Semester 2017 erneut über eine Olympia-Kandidatur befinden. Laut Volkswirtschaftsdirektor Jon Domenic will die Kantonsregierung die Bewerbung für die Winterspiele 2026 vorantreiben und dazu auch die Legitimation des Volkes holen. (SDA)



Damit die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Atomenergie reduziert werden kann, braucht es auch einen Ausbau der Photovoltaik.

URS FLÜELER/KEYSTONE

So sieht der Haushalt der Zukunft aus

Energieeffizienz Ein FHNW-Projekt simuliert das Jahr 2035 - im Jahr 2018. Nicht immer ist es dannzumal sinnvoll, die Waschmaschine einzuschalten.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Wie wird die Energie in der Schweiz künftig hergestellt? Wie wird sie gespeichert? Und was bedeutet das alles für die Haushalte? Die Energiestrategie 2050 des Bundes setzt dazu Leitplanken (siehe Artikel oben). Die konkrete Ausgestaltung für Nutzer und Erzeuger hingegen ist noch nicht abschliessend bekannt.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) nimmt die politischen Beratungen zum Anlass, die bis anhin nur skizzierte Energiezukunft in einem Pilotprojekt bereits heute zu simulieren. «Wir stellen die Fragen, die in der aktuellen politischen Debatte noch nicht gestellt werden», sagt Projektleiter Stefan Roth.

Die FHNW hat eine veritable Reise in die Zukunft vor: Ab dem Jahr 2018 soll in

einem regionalen Verbund das Energieumfeld des Jahres 2035 nachgebildet werden - wobei das Zieljahr nicht zufällig gewählt, sondern eine wichtige Zwischentabelle der Energiestrategie 2050 ist. Das «Leuchtturmprojekt» soll aufzeigen, wie eine dezentrale Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Energie ökonomisch und ökologisch sinnvoll gelöst werden kann. Der Selbstversorgungsgrad der Haushalte soll entsprechend hoch, die Leistungsbilanz im Verteilnetz ausgeglichen sein.

20 bis 100 Testhaushalte

Konkret heisst das: Intelligent gebaute, energieeffiziente Häuser (sogenannte smart homes) erzeugen «eigenen» Strom - zum Beispiel mit einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach oder einer Brennstoffzelle im Heizungsraum. Wenn es das persönliche Bedürfnis und die Marktsituation erlauben, speisen sie einen Teil davon in «intelligente» Stromnetze ein (smart grids). Ist der Preis gerade zu niedrig, wird der Strom - zum Beispiel in einem speziellen Akku - gespeichert und erst dann verbraucht oder eingespeist, wenn es sich ökonomisch wieder lohnt.

ENERGIEWENDE

Zwei hängige Volksinitiativen

Am 27. November entscheidet das Stimmvolk über die **Atomausstiegsinitiative** der Grünen. Sie verlangt, dass Beznau I, II und Mühleberg 2017, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029 abgeschaltet werden. Bundesrat und Parlament sind dagegen.

Die **Stromeffizienzinitiative**, die Politiker von links bis rechts lanciert haben, setzt Ziele für substanzielle Verbesserungen der Stromeffizienz. Da das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 in eine ähnliche Richtung geht, wird die Initiative vielleicht zurückgezogen. (FUM)

Das Haus, das im Jahr 2035 dem neusten Stand der Technik entspricht, gibt es heute naturgemäss noch nicht. Es gibt aber bereits jetzt Gebäude, die dem Modell nahe kommen. Die FHNW sucht demnächst 20 bis 100 Haushalte, die bereit sind, am Pilotprojekt teilzunehmen. «Ohne die Auswahl vorwegzunehmen: Wer eine Wärmepumpe, eine Solaranlage und ein Elektroauto besitzt, eignet sich ideal dafür», sagt FHNW-Dekan Rainer Schnaidt. Die ausgewählten Haushalte werden zusätzlich mit einem eigens entwickelten «Hausmanager» ausgestattet. Ob eine Entschädigung angeboten wird, sei derzeit noch offen.

Die Forscher erhoffen sich von der Testphase Antworten auf die technische Machbarkeit von kleinräumigen Energiesystemen. Sie soll aber auch Aufschlüsse über psychologische Aspekte geben. Projektleiter Roth: «Wir wollen zum Beispiel wissen: Sind die Nutzer bereit, die Waschmaschine vielleicht erst bei Sonnenschein oder einer gewissen Windstärke einzuschalten, weil es dann ökologisch und ökonomisch mehr Sinn macht?»